



Geschäftsführung Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 26.03.2010

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 12.03.2009, 14:00 Uhr bis 17:53 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Götz Bacher SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Werner Bartsch	CDU	
Herr Henk van Benthem	CDU	stellvertretend für Frau Gärtner
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	stellvertretend für Herrn Grau
Herr Alfred Hoffmann	CDU	stellvertretend für Herrn Dr. Paul
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	ab 14:55 Uhr
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Michael Paetzold	SPD	
Herr Gerhard Brust	Grüne	
Frau Dr. Sabine Müller	Grüne	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer	Die Linke.Köln	
Herr Heinz-Kurt Täubner	pro Köln	bis 15:55 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Egbert Bischoff	auf Vorschlag der CDU	bis 16:30 Uhr
Herr Anton Henk	auf Vorschlag der CDU	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Katrin Barion	auf Vorschlag der Grünen	bis 16:55 Uhr
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	bis 16:40 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Martin Theisohn

Herr Sabri Surat

AVRASYA

bis 15:30 Uhr

Frau Heidi Eichenbrenner

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst

Herr Dr. Ernst Drösemeier

Herr Michael Eppenich

Herr Johannes Feyrer

stellvertretend für Herrn Neuhoff

Herr Dr. Jan Leidel

Herr Christian Rahmfeld

Herr Bernd Rosenberger

Schriftführerinnen

Frau Barbara Bültge

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln.

Er informiert die Ausschussmitglieder über den Wunsch, die Tagesordnungspunkte der Feuerwehr vorzuziehen, da Herr Feyrer wieder zur Unglücksstelle müsse. Es erhebt sich kein Widerspruch, so zu verfahren.

Im Namen des Ausschusses bedankt sich der Ausschussvorsitzende stellvertretend bei Herrn Feyrer für den unermüdlichen Einsatz des gesamten Rettungsteams vor Ort. Dieser Dank wird vom Beifall aller Anwesenden begleitet.

Herr Feyrer dankt seinerseits für die Anerkennung der Leistungen aller Einsatzkräfte (ca. 1000 Personen), die er gerne weitergeben werde. Vor Ort arbeiten Mitarbeiter von den unterschiedlichen Hilfsorganisationen, vom THW, von der Berufsfeuerwehr und von der Freiwilligen Feuerwehr. Diese Einsatzstelle wird auch dann, wenn die zweite vermisste Person gefunden wurde, eine Einsatzstelle in der Zuständigkeit der Berufsfeuerwehr Köln bleiben, da es um die Bergung hoher Sachwerte gehe und die Sicherung der Einsatzstelle weiterhin hohe Priorität habe. Man gehe von einem Monate dauernden, wenn nicht gar halbjährlichen Einsatzes aus. Dieser werde derzeit von den Einsatzkräften der Feuerwehr der Stadt Köln und von den überörtlichen Rettungsteams vorbereitet.

Der Bund stelle Kräfte des Technischen Hilfswerkes zur Verfügung. Der Hintergrund sei, dass das Archiv der Stadt Köln ein bundesweites Gedächtnis der Historie sei. Deswegen fühlte sich die Bundesrepublik Deutschland auch an dieser Stelle angesprochen, Unterstützung zu gewähren.

Derzeit suche man weiter nach der vermissten Person, die in einer Tiefe von 8 – 10 Meter Tiefe vermutet werde. Um so tief graben zu können, mussten weitere Gebäude abgerissen werden. Jetzt können die notwendigen schweren Maschinen in Stellung gebracht werden und man kann sich schräg nach unten vorarbeiten. Nach wie vor seien alle zuversichtlich, den Vermissten zu finden. Dies habe oberste Priorität. Parallel dazu räume das Einsatzpersonal aus der Baugrube Materialien, da in diesem Bereich besonders wertvolle Archivbestände vermutet werden, unter anderem die Sammlung Wallraf. Die Arbeiten werden rund um die Uhr fortgesetzt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Bacher bedankt sich bei Herrn Feyrer für die zusätzlichen Informationen.

Beigeordnete Frau Bredehorst merkt an, dass die erweiterten Tagesordnungen des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses vorliegen und die Erweiterungen an dem Rahmen, der um diese gezogen ist, zu erkennen seien.

Zum Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün lägen folgende Unterlagen als Tischvorlagen vor, alle anderen seien zugestellt worden:

- 10.3. Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von 521.000 €
Brand- und Bevölkerungsschutz, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- 16.1. Auszug aus der Sitzungsniederschrift der BV Lindenthal vom 12.02. und eine
Stellungnahme der Verwaltung hierzu
betr. Beschlussvorlage Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem
Friedhof Melaten
- 16.8. Auszug aus der Sitzungsniederschrift des Unterausschusses Regionale vom
10.03.
betr. Beschlussvorlage Regionale 2010 - RegioGrün, Landschaftspark Belvede-
re
- 16.12. Auszug aus der Sitzungsniederschrift des Unterausschusses Regionale vom
10.03.
betr. Beschlussvorlage Regionale 2010 - Kultur- und Landschaftsachse Strun-
der Bach
- 16.18. IT- Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des Amtes für
Landschaftspflege und Grünflächen
- 16.19. Projekt Ökoprofit in Köln
- 17.1. Auszug aus der Sitzung des StEA vom 05.03.09
betr. Beschlussvorlage mit dem Arbeitstitel
rhein - "wohnen am strom" Ulrich Haberland Haus in Köln-Stammheim
- 17.2. Auszug aus der Sitzung des StEA vom 05.03.09
betr. Beschlussvorlage mit dem Arbeitstitel
"Öffentlich zugängliche Golfanlage" in Köln-Widdersdorf
- 17.4. Auszug aus der Sitzung des StEA vom 05.03.09
betr. Beschlussvorlage mit dem Arbeitstitel
"Sürther Feld" in Köln-Rodenkirchen
- 17.5. Auszug aus der Sitzung des StEA vom 05.03.09
betr. Beschlussvorlage mit dem Arbeitstitel
Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord

17.5.1. Ergänzende Mitteilung zu TOP 17.5

24.2.2. Gewerbegebiet Butzweilerhof in Köln-Ossendorf,
Ausgleichsmaßnahmen - Landschaftsbauarbeiten -

Die Vorlage zu TOP 10.2 sei irrtümlich im nicht öffentlichen Teil erstellt worden. Sie könne jedoch unter TOP 4.6 behandelt werden.

Zu TOP 16.7 Abwasserbeseitigungskonzept werde Herr Werker von den StEB anwesend sein.

Zu TOP 17.1 bis 17.6

seien Frau Lippke und Herr Scheu vom Stadtplanungsamt als Vertreter der Verwaltung anwesend, um Fragen zu beantworten.

Zum Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes liegen folgende Mitteilungen als Tischvorlagen vor:

5.3. AWB 2018

5.4. Schneeräumung von Fahrbahnen, Nebenanlagen und Haltestellen
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 03.02.2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist mit den Änderungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 TOP 1.2 der Sitzung vom 06.11.2008; Chemieunfall bei der Fa. INEOS
0285/2009

1.2 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW)
5750/2008

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Brand bei der Gilden Brauerei
Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
06.03.2009
AN/0418/2009

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Beschlussvorlagen

4.1 Annahme einer Schenkung
Schenkungs eines umgebauten Linienbusses zur Beratung und Orientierung
für Jugendliche und junge Erwachsene (B.O.J.E.) durch den Verein "wir hel-
fen: der unterstützungsverein von m. dumont schauberg e. V." (künftig "wir
helfen")
1362/2008

4.2 Fortführung der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssitua-
tion arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25
Jahren in Köln (U 25-Konferenz) und Einrichtung des lokalen Büros "Die
Chance" im Sozialraum Chorweiler
0352/2009

4.3 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsemp-
fehlungen
0504/2009

- 4.4 Weiterführung des Aufgabenbereichs "jusch - jung und schwanger" Beratung und Begleitung beim Gesundheitsamt
0630/2009
- 4.5 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 24.06.2008 zur Kompensation der Personalkostensteigerungen bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, den freien Trägern aus den Bereichen der Jugendhilfe, der Sozialarbeit, des Gesundheitswesens und Migration sowie der Träger der Bürgerzentren (künftig Träger)
0537/2009
- 4.6 Ersatzbeschaffung von 1000 Feuerwehreinsatzüberjacken- und hosen
0779/2009

5 Mitteilungen

- 5.1 Umgang mit aufgefundenen Tierkadavern
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 03.03.2008, TOP 3.2
5157/2008
- 5.2 Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr bei der Firma INEOS
0715/2009
- 5.3 Persönliches Budget beim Rehaträger: Amt für Soziales und Senioren
Bericht für das Jahr 2008
0591/2009

6 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

7 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 7.1 Vorübergehende Stationierung des Rettungshubschraubers Christoph 3 am Flughafen Köln/Bonn
0615/2009

8 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Beschlussvorlagen

- 10.1 Ersatzbeschaffung von einem Frontlenkerfahrzeug mit Straßenantrieb, ausgerüstet mit einem Wechsellader (WLF
0494/2009
- 10.2 Ersatzbeschaffung von 1000 Feuerwehreinsatzüberjacken und -hosen
- 10.3 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von 521.000 € im Haushaltsjahr 2009 im Teilergebnisplan 0208, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
5632/2008

11 Mitteilungen

12 Mündliche Anfragen

- 12.1 Betriebsstation Auf dem Kalkberg
- 12.2 Historisches Archiv- Probleme bei evtl. auftretendem Hochwasser

I. Öffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 14.1 Namenlose Bestattungen
Stellungnahme zur Anfrage der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.01.2009
0405/2009

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

16 Beschlussvorlagen

- 16.1 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten
2. Durchgang
0082/2009
- 16.1.1 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Melatenfriedhof
Mitteilung der Verwaltung
0473/2009

- 16.2 Bouleplatz in Köln-Porz-Zündorf
hier: Ermächtigungsübertragung und Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
5507/2008
- 16.3 Personalzusetzung für Maßnahmenprogramm des Bürgerhaushalts
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen
5271/2008
- 16.4 Äußerer Grüngürtel - Teilbereich Kalscheurer Weiher
Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
0218/2009
- 16.5 Einrichtung von Naturspielplätzen
Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
5125/2008
- 16.6 Stilllegung der städtischen Altdeponie Nonis in Köln-Merheim
5646/2008
- 16.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, (StEB)
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln
5850/2009
- 16.8 Regionale 2010 - RegioGrün, Landschaftspark Belvedere
0172/2009
- 16.9 Regionale 2010 - RegioGrün, Lindenthaler Kanäle
0184/2009
- 16.10 Regionale 2010 - RegioGrün, Frechener Bach
0185/2009
- 16.11 REGIONALE 2010 - "Forum Nationales Naturerbe Wahner Heide/Königsforst e.V."
0273/2009
- 16.12 Regionale 2010 - Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach
0337/2009
- 16.13 Bedarfsfeststellung für die Vergabe von zwei wissenschaftlichen Untersuchungen:
CO2-Detailbilanz und CO2-Minderungskonzept für Köln für die Teilbereiche Energie und Verkehr
0595/2009

- 16.14 Bedarfsfeststellung für den Abschluss eines Rahmenvertrages für Boden- und Grundwasseruntersuchungen
0544/2009
- 16.15 Projektantrag: Förderung von Bürgerengagement für mehr Sauberkeit im Umfeld des Marktplatzes und Bürgerparks Berliner Straße
0535/2009
- 16.16 Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung und Behandlung von Schrott
0059/2009
- 16.17 Überplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, im Hj. 2009
0466/2009
- 16.18 IT- Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
0799/2009
- 16.19 Projekt Ökoprofit in Köln
0291/2009

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 17.1 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 68505/02
Arbeitstitel: :rhein - "wohnen am strom" Ulrich Haberland Haus in Köln-Stammheim
4599/2008
- 17.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Öffentlich zugängliche Golfanlage" in Köln-Widdersdorf
5611/2008
- 17.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 76437/03
Arbeitstitel: An der Rather Burg in Köln-Rath/Heumar
5713/2008
- 17.4 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 71380/03
Arbeitstitel: "Sürther Feld" in Köln-Rodenkirchen
5616/2008
- 17.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 66455/06
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord
5674/2008

- 17.5.1 Ergänzende Mitteilung zu TOP 17.5 Offenlagebeschluss B-Plan-Entwurf-Nr. 66455/06 "Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord"
1003/2009
- 17.6 166. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: "Umgebung Eupener Straße inklusive ehemaliges Sidol-Gelände"
in Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
0521/2009

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

19 Mitteilungen

- 19.1 Baumfällungen im Stadtgebiet Köln im Jahr 2008
0312/2009
- 19.2 REGIONALE 2010 - Sachstand Portale zum Nationalen Naturerbe Wahner Heide/Königsforst; Portal Gut Leidenhausen
0271/2009
- 19.3 RWE, Bau einer Erdgastransportleitung, Sayda-Werne-Eynatten
hier: Raumordnungsverfahren - Raumordnerische Beurteilung
0349/2009
- 19.4 Regionale 2010 - Rheinboulevard Info-Container
0774/2009
- 19.5 Regionale 2010 - RegioGrün, Info-Stelen vor Ort
0775/2009
- 19.6 Regionale 2010 - RegioGrün, Konzept Wegeleitsystem und Info-Tafeln
0777/2009
- 19.7 Regionale 2010 - RegioGrün, Veranstaltungsprogramm 2009/10
0776/2009
- 19.8 Verkehrssicherungsmaßnahmen im Naturschutzgebiet Thielenbruch
0702/2009

20 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün (ohne Betriebsausschuss "Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln")

21 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 22 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 23 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 24 Beschlussvorlagen**
 - 24.1 Allgemeine Beschlussvorlagen
 - 24.1.1 Grundstücksverkauf (Teil einer städt. Grünanlage/Landschaftsschutzgebiet 26) an der Frankfurter Straße
0617/2009
 - 24.2 Vergaben
 - 24.2.1 Beauftragung der Analyse und Entwicklung eines strategischen Konzeptes für die Lärmaktionsplanung in Köln
0507/2009
 - 24.2.2 Gewerbegebiet Butzweilerhof in Köln-Ossendorf, Ausgleichsmaßnahmen
5630/2008

- 25 Mitberatung von Planungsvorlagen**

- 26 UVP-relevante Planungen und Projekte**

- 27 Mitteilungen**

- 28 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Bacher verpflichtet Herrn Heinz Peter Fischer zum sachkundigen Einwohner.

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 TOP 1.2 der Sitzung vom 06.11.2008; Chemieunfall bei der Fa. INEOS 0285/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW) 5750/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Vor dem Hintergrund der andauernden Rechtsunsicherheit möchte SE Herr Bilke von der Verwaltung wissen, ob es zuträfe, dass im Zusammenhang mit den Kontrollen zwischenzeitlich Verfahren bei Gericht anhängig seien.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Brand bei der Gilden Brauerei Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2009 AN/0418/2009

Herr Feyrer berichtet, dass das Ereignis kurz vor dem Einsturz des Historischen Archivs geschah. Der Brand bei der Gilden-Brauerei war deshalb spektakulär, weil es sich um ein sehr schnell ausbreitendes Feuer gehandelt habe, was allerdings auch sehr schnell wieder gelöscht werden konnte. Kurze Zeit war eine senkrecht stehende Rauchwolke über Mülheim zu sehen, die dann durch den Wind in Richtung Stammheim/Flittard getrieben wurde. Insgesamt waren vier Löschzüge vor Ort. Es gab einen rückwärtigen Führungsstab, dessen Leiter er war. Vor diesem Hintergrund beantwortet er die drei Fragen.

1. Gibt es Erkenntnisse, ob das Unglück zu (nachhaltigen) Umweltbelastungen geführt hat? Welche Konsequenzen werden aus diesen Erkenntnissen gezogen?
2. Bestand insbesondere durch die starke Rauchentwicklung eine Gesundheitsgefahr für die betroffenen Anwohner?

Antwort der Verwaltung:

Bei den Umweltbelastungen muss man die Luft, das Wasser und den Boden berücksichtigen. Er könne derzeit nur zu den Daten der Luft etwas sagen. Messfahrzeuge wurden umgehend alarmiert, da beim Ausrücken der Feuerwehr bereits klar war, dass sich große Mengen an Rauchgas entwickelt haben.

Gemessen wurde in Windrichtung mit insgesamt vier Fahrzeugen. In den Bereichen wo sich Menschen aufhielten, wurden keine erhöhten Schadstoffwerte gemessen. Es gab jedoch eine Geruchsbelästigung, es roch nach verbranntem Kunststoff. Verständlich, da Verbundfässer für Kölsch brannten. Das heißt, die Fässer hatten eine Grundmetallkonstruktion die mit Kunststoff beschichtet war. Außerdem brannten auch einige Kunststoffkisten und Personenkraftwagen, die vor der Mauer dieses Geländes abgestellt waren. Die Hitzeentwicklung war dermaßen groß, dass zehn dort in normalen Parkbuchten abgestellte Fahrzeuge in Brand gerieten. Das auf der gegenüberliegenden Seite befindliche Gebäude musste mit Wasser gekühlt werden. Eine Gesundheitsgefahr für die betroffenen Anwohner bestand rein theoretisch. Nachdem keine Menschen an dieser Stelle waren, kann sie real ausgeschlossen werden.

3. Wie wurden die Anwohner über das Unglück informiert? Gab es Verhaltenshinweise?

Antwort der Verwaltung:

Die Feuerwehr habe unmittelbar nach Beginn des Feuers die Bevölkerung über das Lokalradio Köln, Leverkusen und Rheinberg darüber informiert, dass es in der Bergisch-Gladbacher-Straße zu diesem Feuer gekommen sei. Ferner wurde durchgegeben, im Bereich Mülheim/Stammheim/Flittard Fenster und Türen geschlossen zu halten und auf die Radiodurchsagen zu achten. Diese Maßnahmen konnten nach einer Stunde aufgehoben werden.

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

4 Beschlussvorlagen

- 4.1 **Annahme einer Schenkung
Schenkungs eines umgebauten Linienbusses zur Beratung und Orientierung für Jugendliche und junge Erwachsene (B.O.J.E.) durch den Verein "wir helfen: der unterstützungsverein von m. dumont schauberg e. V." (künftig "wir helfen")
1362/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Annahme der Schenkung eines umgebauten Linienbusses zur Betreuung Jugendlicher und junger Erwachsener im Bahnhofsumfeld durch „wir helfen“ an das Gesundheitsamt der Stadt Köln und der damit verbundenen Zweckbindung gemäß der als Anlage beigefügten vorformulierten Schenkungsvereinbarung zu.

Der Rat bedankt sich ausdrücklich im Namen der Bürgerinnen und Bürger und insbesondere im Namen der betroffenen Klientel für diese Spende.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Fortführung der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln (U 25-Konferenz) und Einrichtung des lokalen Büros "Die Chance" im Sozialraum Chorweiler 0352/2009

SB Herr Dr. Albach glaubt, dass der Runde Tisch thematisch nicht in den Gesundheitsausschuss passe. Außerdem sei seine Fraktion davon nicht besonders beeindruckt. Daher werde sie sich der Stimme enthalten. Die hier angesprochenen Gesundheitsprobleme werden bereits im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie sehr intensiv vom Ausschuss behandelt.

Herr Dr. Leidel erläutert, dass es innerhalb der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Jugendlichen unter 25 Jahren auch eine Arbeitsgruppe „Gesundheit“ gäbe. Anders als bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern seien bei den unter 25 Jährigen gravierende psychische Störungen sowie Entwicklungsstörungen in verschiedenen Leistungsbereichen die wichtigsten Ursachen für die Schwierigkeiten beim Finden von Ausbildungsplätzen sowie für eine längere Arbeitslosigkeit. Das ist auch einer der Gründe, warum sich dieser Ausschuss um den Ausbau der kinder- und jugendpsychiatrischen Möglichkeiten bemühe. Grundlage für weiterführende Überlegungen sei die Frage nach der Versorgungs- und Beratungssituation. In der Arbeitsgruppe „Gesundheit“ werde das Problem thematisiert, dass Jugendliche mit soziogenen Entwicklungsstörungen schlechtere Chancen haben, nach dem Besuch der Schule einen Ausbildungsplatz zu finden oder in den Arbeitsprozess integriert zu werden. In diesem Kreislauf spielt die Kinder- und Jugendpsychiatrie als Partner eine wichtige Rolle.

Die Arbeitsgruppe „Gesundheit“ habe sich jedoch nicht nur mit der Prävention beschäftigt, sondern auch der Frage zugewandt, was kann unter gesundheitlichen Aspekten getan werden, um denjenigen, die unversorgt seien, z.B. beim Finden eines Arbeitsplatzes, zu helfen.

In der Verwaltungsvorlage gehe es nicht darum, ob die Arbeitsgruppe „Gesundheit“ weiter im Kontext U 25 dabei sein soll. Sondern es gehe um die Fortführung des Prozesses an sich.

Frau Beigeordnete Bredehorst ergänzt, es sei bei der Betrachtung der Langzeitarbeitslosigkeit von jungen Menschen festgestellt worden, dass gesundheitliche Beeinträchtigungen einen überproportional hohen Anteil haben. Hier handele es sich in den meisten Fällen um psychische Probleme. Das mache der Verwaltung große Sorgen. Sie betrachte die U 25 - Konferenz nicht als einen Runden Tisch. In diesem Zusammenschluss säßen Praktiker, die beschäftigungsfördernde Maßnahmen konzipieren

und auf die Bedürfnisse der Zielgruppe der unter 25-Jährigen eingehen. Im Bereich der Sozialpolitik sei diese Konferenz das fortschrittlichste Projekt, das die Stadt habe.

SB Herr Dr. Albach fragt nach, ob die Stellenbeschreibungen für das lokale Büro „Die Chance“ angemessen seien.

Frau Beigeordnete Bredehorst erwidert, dieses Büro solle nicht selbst therapieren oder Beschäftigungsförderung betreiben, sondern es solle in die richtigen Hilfesysteme vermitteln. Wichtig sei weniger die professionelle Herkunft, als die Art und Weise, über den eigenen Tellerrand hinaus zu denken. Die Institutionen sollen so eingebunden werden, dass die jungen Menschen nicht von einem zum anderen geschickt werden.

SE Herr Fischer weist auf den Hinweis im Entwurf des Thesenpapiers der Arbeitsgruppe „Gesundheit“ hin, dass bei der Untersuchung von 65 Kindern die Resultate noch keine repräsentativen Daten darstellen. Wann ist mit derartigen Daten zu rechnen?

Er frage sich des Weiteren, ob die gesundheitlichen Einschränkungen auch etwas mit der Konzentration des Sozialen Wohnungsbaus in einigen Vierteln zu tun habe. Könnte es sein, dass eine Veränderung der Obergrenzen bei den Sozialleistungen besser sei als eine Förderung der Ghettobildung, in der dann solche Probleme auftauchen?

Beigeordnete Frau Bredehorst möchte folgendes klar stellen:

In Köln gäbe es keine Ghettos und auch keine Ghettobildung. Sie bittet Herrn Fischer, im Zusammenhang mit Segregation zwischen Arm und Reich nicht von Ghettobildung zu sprechen. Der Begriff Ghetto habe einen anderen Ursprung.

Diese Klarstellung wird durch Klopfen der Anwesenden auf den Tischen begleitet.

Sozialer Wohnungsbau habe mit Segregation von Arm und Reich auch relativ wenig zu tun. Es sollte bedacht werden, dass im geförderten Wohnungsbau ca. 40 % aller Kölnerinnen und Kölner wohnen und berechtigt seien, dort zu leben. Richtig sei, dass in bestimmten Vierteln und Quartieren ein höherer Stand an Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sei. Köln habe eine relative gute Mischung. Sie weist eindringlich darauf hin, dass Köln keine großflächige Segregationsproblematik habe. Auch Chorweiler sei kein armer Stadtteil. Im Zentrum gäbe es allerdings sicherlich einen höheren Anteil von Arbeitslosigkeit sowie einen höheren Anteil von Transferleistungsempfängern.

Die Verwaltung versuche derzeit in der U 25-Konferenz die tatsächlichen Hauptursachen der gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu ergründen.

Herr Dr. Leidel ergänzt, die Verwaltung beabsichtige nicht Forschung zu betreiben und repräsentative Zahlen zu generieren. Die Ergebnisse des Schulpsychologischen Dienstes sollen aufrütteln und zeigen, wo die Probleme in etwa liegen könnten. Er sei davon überzeugt, dass diese Resultate mit der ärztlichen Versorgung in Chorweiler sehr wenig zu tun haben. Als die hier Untersuchten Kinder waren, gab es noch keine Engpässe bei der ärztlichen Versorgung in Chorweiler. Man konnte auf drei niedergelassene Kinderärzte zurückgreifen. Insgesamt sei der Stadtbezirk Chorweiler derzeit nicht wesentlich unterversorgt. Die Verwaltung werde intensive Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein führen und den Ausschuss zu gegebener Zeit über die Ergebnisse unterrichten.

SE Frau Barion bedankt sich bei Frau Bredehorst und Herrn Dr. Leidel für die Klarstellungen. RM Herr Bacher schließt sich diesem Dank an.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, in gemeinsamer Geschäftsführung mit der Agentur für Arbeit Köln die Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln zunächst für weitere 2 Jahre fortzuführen, den dem Beschlussvorschlag beigefügten Zwischenbericht der U 25 Konferenz fortzuschreiben und die Fachausschüsse regelmäßig über die Ergebnisse der Arbeitskonferenz zu informieren.

Die personelle Ausstattung wird für den Zeitraum der Fortführung wie folgt festgelegt:

- a) 1 Stelle A 13 g.D. Projektleitung
- b) 1 Stelle A 11 für die fachliche Prozessbegleitung SGB II
(wie bisher durch ArGe einzubringen und zu besetzen)
- c) fachliche Prozessbegleitung SGB VIII
Fachressource aus dem Aufgabenbereich Übergang Schule - Beruf (u.a. § 13 SGB VIII) im Umfang von 1 x wöchentlich 3 Stunden
- d) Fachberatung SGB III
Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Gesprächen mit der Agentur für Arbeit Köln sicherzustellen, dass entsprechende Fachressourcen aus dem Rechtskreis des SGB III für die U 25 Konferenz und die von dort initiierten Projekte ebenfalls im Umfang von 1 x wöchentlich 3 Stunden zur Verfügung zu gestellt werden.

Weiterhin beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, im Rahmen der Arbeitskonferenz zur Verbesserung der Beschäftigungssituation arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter junger Menschen unter 25 Jahren in Köln (U 25 Konferenz) das lokale Büro „Die Chance“ im Sozialraumgebiet Chorweiler als Modellprojekt einzurichten.

In diesem Büro sollen Agentur für Arbeit Köln, ARGE Köln, Schulamt, Jugendamt, Gesundheitsamt und Sozialamt mit dem Ziel einer optimierten Umsetzung ihrer jeweiligen originären Aufgabenstellungen zusammengebracht werden.

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Stimmenthaltung der FDP-Fraktion einstimmig zugestimmt.

4.3 Kölner Integrationskonzept - konzeptionelle Grundlagen und Handlungsempfehlungen 0504/2009

RM Herr Bartsch erläutert, die CDU-Fraktion halte das Konzept für wichtig und notwendig. Das Fördern und Fordern sollte jedoch noch etwas mehr herausgestellt werden. Aus diesem Grund werde sich die Fraktion der Stimme enthalten.

SB Herr Dr. Albach fragt, ob die Verwaltung sich vorstellen könnte, im Zuge der Weiterentwicklung des Konzeptes die Diversität in Köln als Chance für den Gesundheitsstandort Köln noch weiter herauszuarbeiten.

Herr Dr. Leidel denkt, es mache sicher keine Mühe, dieses Anliegen in die Arbeitsgruppe einzubringen.

Frau Beigeordnete Bredehorst ergänzt, bei der Konzepterstellung habe es eine breite Beteiligung bürgerschaftlichen Engagements gegeben. Sie betont, dass die Moderati-

on ohne einen externen Moderator erfolgte, da der Rat dafür keine Mittel bereitgestellt habe. In 14 Arbeitsgruppen haben sich über 200 Experten aus der Migrationspolitik an dem Konzept beteiligt. Für den Teil Gesundheit wurden Handlungsvorschläge erarbeitet, die wegweisend seien. Hier wäre der sogenannte Integrationslotse zu nennen, der dem Missstand, der derzeit vorherrsche, abhelfe.

SE Herr Dr. Theiso merkt an, die Seniorenvertretung habe an diesem Prozess bisher nur am Rande teilgenommen. Er ist gespannt, wie sich der Zusammenschluss in die zu gründende Arbeitsgruppe Seniorinnen und Senioren einbringen kann.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher stellt nachfolgend die Beschlussvorlage in der Fassung des Integrationsrates zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat die Annahme der folgenden Beschlussvorlage, in der Fassung, wie sie der Integrationsrat beschlossen hat:

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 18.12.2008 nimmt der Rat der Stadt Köln das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier zum Kölner Integrationskonzept als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln zur Kenntnis, um in der Stadt ein zuwanderungsfreundliches Klima zu schaffen, die Offenheit der Aufnahmegesellschaft und die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten zu fördern und für Einheimische und Zugewanderte eine gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu erreichen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung

1. das vorliegende konzeptionelle Grundlagenpapier fortzuentwickeln, eine fachliche Bewertung durch die Fachverwaltung vorzunehmen und es dem Rat als Gesamtkonzept zur abschließenden Beschlussfassung Ende 2009 vorzulegen.

Die Verwaltung wird hierzu beauftragt,

- die noch nicht bearbeiteten Querschnittsthemen „Frauen“, „Wohnen“, „Kultur“, „Bürgerschaftliches Engagement“, „Seniorinnen und Senioren“, „Menschen mit Behinderung“ und „Lesben, Schwule und Transgender“ in der bestehenden Projektstruktur zu erarbeiten.
 - unter Beteiligung der an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes beteiligten Akteure eine umfassende Priorisierung der Handlungsempfehlungen vorzunehmen
 - die vorliegenden Empfehlungen mit Maßnahmen zu versehen sowie fehlende Ressourcen (Finanzmittel/Personal) zu benennen und den einzelnen Maßnahmen zuzuordnen.
2. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen sicher stellen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion einstimmig zugestimmt.

4.4 Weiterführung des Aufgabenbereichs "jusch - jung und schwanger" Beratung und Begleitung beim Gesundheitsamt 0630/2009

Frau Beigeordnete Bredehorst bemerkt zu der Vorlage, dass die Dauer des Projektes leider nur bis zum Ende des Jahres angelegt sei. Sie signalisiert den Ausschussmitgliedern, dass die Verwaltung an der Fortführung des Projektes sehr interessiert sei.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher betont, dass dieser Wunsch bereits für die Haushaltsplanberatungen als Merkposten aufgelistet sei.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, zur Gewährleistung der Hilfen für gefährdete Neugeborene bzw. Säuglinge und ihrer sehr jungen Mütter bzw. Eltern durch den Aufgabenbereich „jusch – jung und schwanger“ – Beratung und Begleitung beim Gesundheitsamt, folgende befristete Planstellen über den bislang beschlossenen Zeitraum hinaus bis zum 31.12.2009 zur Besetzung freizugeben:

- a) 1,0 Hebamme/Geburtshelfer VGr. Kr 4/5/5a Fg. 4/20/9 BAT (E 7a TVöD)
(bislang befristet bis zum 14.06.2009)
sowie
- b) 1,0 Sozialarbeiter/in VGr. Vb/IVb/IVb+VG Fg. 10/17/17 BAT (E 9 TVöD).
(bislang befristet bis zum 31.03.2009)

Bei Erstellung des Doppelhaushaltes 2008/2009 wurden die haushaltsmäßigen Auswirkungen bereits für das komplette Jahr 2009 berücksichtigt. Da sich jedoch die geplante Einnahme nicht realisieren lässt, verringert sich der Ertrag im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 2 – Zuwendungen- um 88.000 €

Zur Refinanzierung wird die vakante bis zum 31.12.2010 befristete Planstelle PB 50028480, Fachärztin/Facharzt VGr. Ib/Ia Fg. 1/1 BAT (E 15 TVöD), Weiterentwicklung des sozialen Frühwarnsystems in Köln (Clearingstelle), bis zum 31.12.2009 nicht besetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 24.06.2008 zur Kompensation der Personalkostensteigerungen bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, den freien Trägern aus den Bereichen der Jugendhilfe, der Sozialarbeit, des Gesundheitswesens und Migration sowie der Träger der Bürgerzentren (künftig Träger) 0537/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erklärt sich mit einer zunächst pauschalierten Verteilung der für den HPL. 2008/2009 beschlossenen Mehraufwendungen für die aktuelle Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst bei den Zuschüssen an die freien Träger der Wohlfahrtspflege sowie der sonstigen freien Träger aus den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit, Gesundheit und Migration sowie an die Träger von Bürgerzentren in dem gemäß den Anlagen des Beschlusses beigefügten Umfang für die Teilpläne

a) 0101 - Innere Verwaltung -	in Höhe von	12.400 €
b) 0502 - Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren	in Höhe von	87.400 €
c) 0701 - Gesundheitsdienste -	in Höhe von	206.800 €
d) 1003 - Wohnen -	in Höhe von	100.600 €
e) 0501 - Soziale Hilfen - sowie	in Höhe von	261.500 €
f) 0601 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe -	in Höhe von	1.516.200 €

mit einem Gesamtvolumen von 2.184.900 € einverstanden.

Dies erfolgt mit der Maßgabe, dass die Verwendung der Mittel per Verwendungsnachweis nachzuweisen ist und etwaige Überzahlungen schnellstmöglich verrechnet werden („Spitzabrechnung“).

Zur Umsetzung beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2009 überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwand zu den Buchstaben a) bis d) in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwand - von insgesamt 407.200 €

Die Deckung zu a) bis d) erfolgt durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen in 2009 aus dem Teilplan 0501 - Soziale Hilfen -, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen -. Transferaufwand „Grundsicherung nach dem SGB II.

Zu den Maßnahmen e) und f) entsteht kein überplanmäßiger Mehraufwand, da sie sich aus den eigenen Teilplänen durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Rahmen der Sollumbuchung finanzieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 Ersatzbeschaffung von 1000 Feuerwehreinsatzüberjacken- und hosen 0779/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün erkennt die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung von 1.000 Feuerwehreinsatzüberjacken und -hosen an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Umgang mit aufgefundenen Tierkadavern hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 03.03.2008, TOP 3.2 5157/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung mit den weiteren Unterlagen der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Dr. Albach bittet die Verwaltung, das Thema, soweit es gehe, differenziert zu betrachten. Es gäbe die Möglichkeit, den Scanner anzusetzen, ohne das Tier zu berühren. Dies sei auch durchführbar, wenn man es in Plastik eingewickelt ließe. Es wäre wünschenswert, nicht den gesamten Bürgervorschlag abzulehnen. Das Anliegen sollte vielmehr selektiv und differenziert bearbeitet werden.

RM Herr Bacher ergänzt, die SPD-Fraktion nähme die Vorgehensweise, so wie die Verwaltung sie dargestellt habe, zur Kenntnis. Er könne sich jedoch vorstellen, dass die Verwaltung sich mit der Anregung von Herrn Dr. Albach auseinandersetzen werde.

5.2 Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr bei der Firma INEOS 0715/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Persönliches Budget beim Rehaträger: Amt für Soziales und Senioren Bericht für das Jahr 2008 0591/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Mündliche Anfragen

Keine

gez.
Bacher
(Ausschussvorsitzender)

gez.
Fuchsberger-Meyer
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Gesundheit)

I. Öffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine.

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

14.1 Namenlose Bestattungen Stellungnahme zur Anfrage der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.01.2009 0405/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine.

16 Beschlussvorlagen

16.1 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten 2. Durchgang 0082/2009

RM Herr Bacher äußert sich für die SPD-Fraktion erstaunt darüber, dass die BV Lindenthal nicht ihr Recht wahrgenommen habe, mit ihnen über die Gestaltung in den Dialog zu treten. Stattdessen habe die Bezirksvertretung einen Beschluss gefasst, der darauf schließen lasse, dass sie die Kooperationsgrabfelder auf dem Friedhof Melaten grundsätzlich nicht wolle. Er verstehe dies so, dass sie damit gegen eine vom Rat beschlossene Satzung gestimmt habe.

In diesem Zusammenhang erinnere er daran, dass auf Anregung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) die Kooperationsgrabfelder auf dem Friedhof Melaten als Pilotmaßnahme beschlossen worden seien. Herr Bacher signalisiert für die SPD-Fraktion Zustimmung zur Beschlussvorlage.

RM Herr Brust fragt nach anderen Bewerbungen und Konzepten und möchte wissen, wann die Verwaltung diese vorlege.

Herr Eppenich informiert darüber, dass bisher nur ein Antrag vorliege. Dieser sei allerdings bis heute noch nicht vollständig und somit nicht vorlagereif.

SB Herr Dr. Albach betrachtet für die FDP-Fraktion den Auftrag des AVR, den Pilotversuch auf Melaten zu starten, als erledigt. Man erwarte nun, als nächsten Versuch einen rechtsrheinischen Friedhof angeboten zu bekommen. Es könne nicht alles auf Melaten umgesetzt werden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher unterstreicht, wenn es weitere ernst zunehmende Bewerber gebe, müsse sich der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün noch mal damit beschäftigen und den gefassten Ratsbeschluss zur Pilotmaßnahme gegebenenfalls überdenken.

RM Herr Brust bedauert, dass die BV nicht konkret sage, was sie an der Gestaltung kritisiere. Andererseits seien nach der Zuständigkeitsordnung die BVen für die Friedhöfe zuständig. Ob dies auch für Melaten gelte oder ob dieser eher die gesamte Stadt betreffe, sei sicher diskussionswürdig. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lege Wert darauf, die Zuständigkeitsordnung zu beachten. Sie werde sich bei der Abstimmung daher enthalten und nicht gegen die Bezirksvertretung votieren.

Er schließe sich aber seinen Vorrednern Herrn Bacher und Herrn Dr. Albach an und befürworte - für den Fall, dass die Kooperationsgrabfelder auf dem Friedhof Melaten grundsätzlich nicht gewollt seien - den Beschluss des Rates aufzuheben, den Pilotversuch nur auf Melaten durchzuführen. Daher appelliere er an den AVR, seinen damaligen Beschluss zurückzuziehen, damit andere Antragsteller sich z. B. auf dem Ostfriedhof bewerben können.

Herr Eppenich verdeutlicht, der Entwurf der Verwaltung sei an jeder anderen Stelle des Friedhofs umsetzbar. Dies sei nach der Satzung alles zulässig. Auch sei dieser Entwurf nicht nur auf einen bestimmten Friedhof zugeschnitten. Ebenfalls könne man sich Gestaltungen auf einem anderen Friedhof vorstellen, so dass der Friedhof Melaten genauso eine Option sei wie jeder andere. Wenn daher weitere Anträge vorlägen, könne die Verwaltung sich mit der Frage noch mal befassen.

RM Herr Bartsch erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Beschlussvorlage.

SE Herr Dr. Theisohn begrüßt die Idee des Kooperationsgrabfeldes. Dies sei eine wichtige Möglichkeit für Senioren, die Grabpflege auf längere Zeit festzulegen. Oft wisse man nicht, was in späteren Zeiten noch auf einen selbst zukomme und man wolle dies nicht unbedingt seinen Erben zumuten, zumal, wenn diese nicht in Köln wohnten.

Herr Dr. Theisohn bekräftigt, dass dieses Konzept nicht nur auf Melaten angeboten werden sollte, da auch in anderen Kölner Stadtteilen die Senioren davon profitieren sollten.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher stimmt zu, dass dies ein Hauptgrund dafür war, die Kooperationsgrabfelder anzubieten.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein Kooperationsgräberfeld auf dem Friedhof Melaten. Er beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes mit der Genossenschaft die Details der Kooperation vertraglich zu vereinbaren und den Kooperationsvertrag dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**16.1.1 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Melatenfriedhof
Mitteilung der Verwaltung
0473/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**16.2 Bouleplatz in Köln-Porz-Zündorf
hier: Ermächtigungsübertragung und Freigabe von zahlungswirksamen
Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
5507/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Übertragung einer Aufwandsermächtigung in Höhe von 5.800,- € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2008 für die Errichtung eines Bouleplatzes in Porz-Zündorf, (aus veranschlagten Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts, Bereich Sport, Themenkomplex Sportplätze) in das Hj. 2009.

Zur Durchführung der Maßnahme beschließt der Rat außerdem die Freigabe der entsprechenden Mittel.

Die Finanzierung erfolgt aus den übertragenen konsumtiven Mitteln im Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Hj. 2009.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.3 Personalzusetzung für Maßnahmenprogramm des Bürgerhaushalts
hier: Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen
5271/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 175.000,- € aus den für Grünflächen, Themenkomplex Pflege/Sanierung im Rahmen des ersten Kölner Bürgerhaushaltsverfahrens im Doppelhaushalt 2008/2009 zusätzlich veranschlagten und mit Sperrvermerk versehenen Aufwendungen (Finanzausschussbeschluss vom 09.06.2008) für die Zusetzung von Personal.

Die Finanzierung erfolgt aus konsumtiven Mitteln des Teilergebnisplans 1301, Zeile 11 – Personalaufwendungen, Hj. 2009

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.4 Äußerer Grüngürtel - Teilbereich Kalscheurer Weiher
Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
0218/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 132.000,- € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, für die Sanierung und Aufwertung des Äußeren Grüngürtels – Teilbereich Kalscheurer Weiher - aus veranschlagten Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts, Bereich Pflege/Sanierung, Themenkomplex Sanierung Grünanlagen, Hj. 2009.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.5 Einrichtung von Naturspielplätzen
Freigabe von zahlungswirksamen Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushaltes
5125/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine erste Freigabe in Höhe von 14.000,- € aus Teilergebnisplan 1301, Zeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, für die Einrichtung von Naturspielplätzen, aus veranschlagten Aufwendungen im Rahmen des Bürgerhaushalts, Bereich Spielplätze, Themenkomplex Ersatz- und Neubeschaffung, Hj. 2009.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.6 Stilllegung der städtischen Altdeponie Nonis in Köln-Merheim
5646/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die weiteren Planungsleistungen und die Baumaßnahmen zur Errichtung eines Gasfensters als Stilllegungsmaßnahme der städtischen Altdeponie Nonis in Köln-Merheim vorzunehmen.

Die hierfür im Haushaltsjahr 2009 benötigten Mittel belaufen sich nach der vorliegenden Kostenschätzung auf 70.800 € brutto.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch die Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR, (StEB) Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln 5850/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt dem ersten Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) Köln nach Kapitel 6.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung und Fortschreibung von Abwasserbeseitigungskonzepten der Gemeinden vom 27.12.2007 zu.
2. Der Rat beschließt weiterhin, dass zukünftig der jährliche Bericht über die Umsetzung des ABK Köln nach Beschlussfassung des Rates der Stadt Köln von den StEB als Verwaltungshelfer unmittelbar auf den ABK-Server der Landesverwaltung übermittelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.8 Regionale 2010 - RegioGrün, Landschaftspark Belvedere 0172/2009

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher informiert kurz über die Sitzung und das Votum des Unterausschusses vom 10.03.2009.

RM Frau Dr. Müller bittet den Vertreter der Unteren Landschaftsbehörde (ULB) zu erläutern, weshalb diese Änderung hinsichtlich des Waldstückes im nördlichen Teil so gravierend sei, dass in der Beschlussvorlage vom Wettbewerbsergebnis abgewichen werde.

Vorab kündigt sie an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag zustimmen werde, nicht jedoch der Erweiterung durch den Unterausschuss.

Herr Moers erklärt, die Genehmigungsbehörden seien bei der Erstellung der Wettbewerbsvorgaben nicht eingebunden gewesen. Sie hatten die Aufgabe, nachdem der Siegerentwurf ausgelobt worden sei, ihn hinsichtlich der Belange des Artenschutzes, der landschaftsrechtlichen Eingriffsregelung, der Befreiungsvoraussetzungen von Landschaftsplan-Verboten und des Bodenschutzes zu prüfen. Außerdem musste der Entwurf mit den bauleitplanerischen Vorgaben – resultierend aus dem B-Plan Widdersdorf-Süd – vereinbar sein. Dort sei mit Beteiligung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün festgelegt worden, dass in diesem Landschaftsraum Kiebitzkompressionsmaßnahmen stattfinden sollten.

Die Planungen seien zwischen der planenden Dienststelle und allen Sonderordnungsbehörden im Umweltamt abgestimmt und dem Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde verfahrensbeschleunigt als Befreiungsvorlage vorgelegt worden. Sie seien unter der Gesamtbetrachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen genehmigungsfähig.

Die Veränderungen gegenüber den prämierten Entwürfen resultierten insoweit allein aus dem Genehmigungsverfahren und nicht aus der Beiratsbeteiligung, wie im Unterausschuss vermutet. Der Beirat habe allen Verwaltungsvorlagen zu den regioGrün-Projekten einstimmig zugestimmt und lediglich einzelne Hinweise gegeben.

Herr Moers betont, man sei – insbesondere im Bereich des Artenschutzes – sehr großzügig gewesen, da keine Kartierungen und Detailprüfungen vorgenommen worden seien.

Die Problematik hinsichtlich der Öffnung des "Waldfensters" könne man unter zwei Aspekten betrachten:

Unter dem landschaftsrechtlichen Aspekt betrachtet, mangle es einem Eingriff in Wald in einem Landschaftsraum aus rein gestalterischen Gründen an der Notwendigkeit. Es handle sich hierbei um einen vermeidbaren Eingriff und allein auf der Eingriffsebene gebe es keinen Grund, warum dieser erfolgen sollte.

Das Argument, man nehme an einer Stelle Wald weg und pflanze dafür an anderer Stelle neuen Wald, könne an dieser Stelle nicht angewandt werden. In einer gewachsenen oder neu zu gestaltenden Parkanlage sei der "landschaftsarchitektonische Spielraum" möglich; hier jedoch nicht, da es sich um freie Landschaft handle.

Die Befreiungsvoraussetzungen hätten aber ebenfalls nicht vorgelegen, da man das "Wohl der Allgemeinheit" auf andere Art und Weise hätte herstellen können. Diesen Weg sei man mit der aktuellen Verwaltungsvorlage gegangen.

Aber auch artenschutzrechtlich sei die Wettbewerbsvorlage nicht genehmigungsfähig gewesen, da bestehende Brut- und Niststätten geschützter Arten betroffen seien, die nicht einfach entfernt werden dürften.

Herr Moers informiert darüber, dass die Landwirtschaftsvertreter im Beirat darauf hingewiesen hätten, dass die Straße "Auf der Aspel" jetzt schon zu schmal sei für den sich begegnenden landwirtschaftlichen Verkehr, den Fahrradverkehr und die Fußgänger. Daher habe der Beirat eine Verbreiterung des Weges zumindest an einigen Stellen angeregt.

Aus bodenschutzrechtlichen Gründen gebe es mit der Erstaufforstung ebenfalls erhebliche Probleme, weil es dadurch zu Bodenveränderungen komme, die nicht im Sinne des Bodenschutzgesetzes seien.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher stellt den Sinn von Wettbewerben in Frage, sollten immer derartige Maßstäbe angelegt werden. In diesem Fall könnten nie mehr die alten Planungsgrundsätze im Außenbereich angewandt werden, um frühere Kulturlandschaften wieder herzustellen. Als Beispiel führt er den Grüngürtel an, wo über Jahrzehnte durch Pflegerückstände alte Sichtachsen zugewachsen seien.

Dies sei umso bedauerlicher, da die Jurymitglieder ihre Stunden geopfert hätten. Gerade dieses Projekt mit der Öffnung des "Waldfensters" habe sie in der Darstellung und Begründung überzeugt, so dass sie es als Wettbewerbssieger ausgewählt hätten.

Wenn man die Ablehnung mit dem Landschaftsplan begründe, befürchte er, dass die Kölner Bevölkerung dem Landschaftsplan immer weniger zustimmen werde.

Beigeordnete Frau Bredehorst stellt klar, dass die Untere Landschaftsbehörde Recht und Gesetz anwenden müsse.

Herr Moers unterstreicht, die ULB sei zu spät in das Verfahren eingebunden worden. Für derartige Änderungen werde insgesamt mehr Zeit benötigt. Zwar sei auch die alte Konzeption "Verlängerung des Grüngürtels" durchaus im Landschaftsplan enthalten. Das, was aber jetzt an Festsetzungen im Landschaftsplan enthalten sei, führe dazu,

dass neue Grünplanungen nicht im Schnellverfahren erledigt werden können. Dazu müsse der Landschaftsplan geändert werden. Diese Zeit hatte man jedoch im Rahmen der Regionale-Projekte nicht. Vieles hätte durch eine ordnungsgemäße Landschaftsplan-Änderung ermöglicht werden können. Jetzt könne man nur noch die Befreiungsvoraussetzungen prüfen und sei dabei an Recht und Gesetz gebunden.

Anders sei es, wenn man ein Pflegekonzept mit entsprechenden Vorgaben beschließen, was sich an den Landschaftsplan halte.

Das, was momentan für die gesamte Verwaltung sehr problematisch zu händeln sei, sei der europäische Artenschutz. Hier gebe es derart umfangreiche Regelungen, die sich durch "Planungshoheit der Kommunen" nicht beseitigen ließen. Diese Normen seien zwingend zu beachten.

RM Herr Bacher führt als Beispiel einer Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Einhaltung von Recht und Gesetz das Raumordnungsverfahren zu Planung und Bau der Erdgastransportleitung (s. TOP 19.3) an. Diese laufe durch mehrere Naturschutzgebiete und ein FFH-Gebiet, das durch europäisches Gesetz geschützt sei. Dieser Widerspruch sei der Öffentlichkeit nicht vermittelbar.

SB Herr Dr. Albach erklärt, dass er den Artenschutz und die Kompensationsmaßnahmen hinsichtlich der Kiebitze mittrage. Ihm gehe es ausschließlich um das "Waldfenster". Wenn dieses "geöffnet" werde, gebe es mehr Chancen für eine offene Landschaft im Sinne der Kiebitze an dieser Stelle. Außerdem gebe es noch genügend Bäume für die brütenden Vögel. Ihm seien Artenschutzgründe nicht bekannt, weshalb nicht dieses "Waldfenster" nach Süden hin geöffnet und die Bäume, natürlich außerhalb der Brutzeit, gerodet werden könnten.

Daher bitte er die Untere Landschaftsbehörde (ULB), ihre Stellungnahme hinsichtlich Kiebitz kompensationsmaßnahmen und "Waldfenster" zu differenzieren.

Sollte das nicht möglich sein, werde er der Vorlage nicht zustimmen.

Wenn dies wiederum heute nicht konsensfähig sei, mache er den Vorschlag, die Verwaltung aufzufordern, per Beschlussvorlage den Landschaftsplan so zu ändern, dass dieses Fenster zustimmungsfähig sei, und zwar so, wie der Landschaftsarchitekt das vorgeschlagen und dafür den 1. Preis erhalten habe.

SE Herr Bilke widerspricht seinem Vorredner, da dies den Landschaftsplan entwerte. Hinsichtlich der Kiebitze stimme er Herrn Dr. Albach zu und unterstütze die Haltung der ULB. Hier sollte alles getan werden, um durch offene Landschaften die Lebensräume der Kiebitze zu erhalten. Bezüglich der Öffnung des "Waldfensters" gebe es keine andere Handlungsmöglichkeit für die ULB. Ansonsten müsste das Naturschutzgesetz geändert werden. Bedauerlich sei allerdings, wie das Verfahren abgelaufen sei.

Nachdem im Ausschuss noch weitere Argumente pro und contra "Waldfenster" ausgetauscht werden, informiert Herr Moers, dass die Öffnung des "Waldfensters" für die Kiebitze keinen Gewinn bringe. Kiebitze benötigten eine große, offene, freie Landschaft, z. B. den baum- und strauchlosen Acker. Die Fläche, die durch die Öffnung in den "freien Raum" einbezogen werde, sei lediglich ein schmaler Kanal, der durch Kiebitze nicht genutzt werde.

Zerstört werde aber gegebenenfalls der Lebensraum von anderen Arten. Um eine artenschutzfachlich korrekte Beurteilung zu machen, ob ein Eingriff tatsächlich gegen Artenschutzrecht verstoße, hätte eine Kartierung erfolgen müssen. Diese Zeit habe jedoch nicht zur Verfügung gestanden, da die Regionale-Projekte unter einem hohen Zeitdruck stünden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher weist abschließend darauf hin, dass der vorberatende Unterausschuss die Argumente der ULB nicht alle unberücksichtigt gelassen habe, z. B. zur Alleepflanzung. Da jedoch die Öffnung des "Waldfensters" ein ganz markanter Punkt im Plan sei und das Wettbewerbsergebnis wesentlich beeinflusst habe, sei der Unterausschuss zu der Beschlussempfehlung gekommen, hinsichtlich der Öffnung des "Waldfensters" weiter dem Wettbewerbsergebnis, im Übrigen aber dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

RM Frau Dr. Müller bittet, darüber abzustimmen, dass die Verwaltungsvorlage nach Beratung in den Bezirksvertretungen noch mal dem Ausschuss vorgelegt werde. Die übrigen Ausschussmitglieder widersprechen nicht.

- Zunächst lässt der Ausschussvorsitzende über die **Erweiterung aus dem Unterausschuss Regionale 2010** abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün folgt **hinsichtlich der Öffnung des Waldfensters weiter dem Wettbewerbsergebnis.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von CDU-, SPD- und FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

- Anschließend stellt er den **geänderten Beschlusstext** aus der **Verwaltungsvorlage und der Erweiterung mit Rücklauf** zur Abstimmung:

erweiterter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün folgt **hinsichtlich der Öffnung des Waldfensters weiter dem Wettbewerbsergebnis.**

Er beschließt die Entwurfsplanung Landschaftspark Belvedere und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Der Ausschuss legt großen Wert darauf, dass die Maßnahmen bis zum Präsentationsjahr 2010/11 fertig gestellt sind.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün bittet, ihm die Beschlussvorlage nach Beratung in den Bezirksvertretungen 3 und 4 wieder vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

16.9 Regionale 2010 - RegioGrün, Lindenthaler Kanäle 0184/2009

RM Herr Brust erwähnt das in der Vorlage auf S. 3 unter Punkt 2 "Energiebedarf" angesprochene Solardachprogramm der Stadt Köln. Andererseits sollen zur Stromgewinnung extra Trägermasten mit Solarmodulen aufgestellt werden.

Er regt an, die vorgesehenen Fotovoltaik-Masten in diesem Fall nicht aufzustellen, sondern den Strom auf "normalen" Dächern, z. B. Schuldächern zu gewinnen.

Die Verwaltung sagt zu, dies zu prüfen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt die Entwurfsplanung Lindenthaler Kanäle und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Der Ausschuss

legt großen Wert darauf, dass die Maßnahmen bis zum Präsentationsjahr 2010/11 fertig gestellt sind.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verzichtet auf den 2. Durchlauf, sofern die Bezirksvertretung 3 uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.10 Regionale 2010 - RegioGrün, Frechener Bach
0185/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt die Entwurfsplanung Revitalisierung Frechener Bach und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Der Ausschuss legt großen Wert darauf, dass die Maßnahmen bis zum Präsentationsjahr 2010/11 fertig gestellt sind.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verzichtet auf den 2. Durchlauf, sofern die Bezirksvertretung 3 uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.11 REGIONALE 2010 - "Forum Nationales Naturerbe Wahner Heide/Königsforst e.V."
0273/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün spricht sich grundsätzlich für einen Beitritt der Stadt Köln zum „Forum Nationales Naturerbe Wahner Heide/Königsforst e. V.“ auf der Grundlage des Satzungsentwurfs aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.12 Regionale 2010 - Kultur- und Landschaftsachse Strunder Bach
0337/2009**

RM Frau Frebel weist auf die Änderungen hin, die mit der Versickerung der Strunde zusammenhängen. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, die Strunde am Arnsberger Platz versickern zu lassen. Da dies aus bestimmten Gründen nicht möglich sei, sollen zunächst verschiedene Plätze untersucht und ein Gutachten erstellt werden.

Sie bittet, die Untersuchungsergebnisse, evtl. mit einer Prioritätenliste des Gutachters, dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün zur Entscheidung vorzulegen. Ebenso sollte auch die Verwaltungsvorlage nach Beratung in der Bezirksvertretung Mülheim noch mal dem Ausschuss vorgelegt werden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher macht auf die abweichende Empfehlung des Unterausschusses aufmerksam. Am Lupenraum an der Isenburg solle das ursprüngliche Wettbewerbsergebnis beibehalten werden. Die Wiese solle zur Erholung der Bür-

ger dienen, daher mit Bänken ausgestattet und nicht in eine Obstwiese umgewandelt werden. Der als Trampelpfad erhaltene Weg entlang der Strunde zeige, welche Bedürfnisse die Bürgerinnen und Bürger hätten.

Herr Moers informiert darüber, dass auch hier die Planungen zwischen der Genehmigungsbehörde und der planenden Dienststelle genehmigungsfähig abgestimmt worden seien. Die wasserrechtliche Genehmigungsfähigkeit erstreckte sich dabei nicht nur auf das Landeswassergesetz, sondern auch auf Vorgaben der europäischen Wasserrechtsrahmenrichtlinie. Entsprechend diesen Vorgaben zur naturnahen Entwicklung von Fließgewässern, auch unter dem Namen KNEF bekannt, werde für den Bereich der Strunde im Auftrag der StEB ein Konzept erstellt.

Im Rahmen dieses Konzeptes sollen unter Anderem naturnahe Uferrandstreifen entwickelt werden. Wenn allerdings dort der sog. "Trampelpfad" ausgebaut werden sollte, stimme dies weder mit der Wasserrechtsrahmenrichtlinie, noch mit der KNEF-Planung überein. Sollte weder Wasserrahmenrecht beachtet, noch KNEF und Regioprojekt übereinstimmen, werde es laut Bezirksregierung, Obere Wasserbehörde, für dieses Regioprojekt keine Förderung geben. Die StEB habe daher massiv gegen die Planungen Stellung genommen.

Herr Moers unterstreicht, es gehe nicht darum, den bereits bestehenden Trampelpfad zu beseitigen. Aber die öffentliche Planung und der Ausbau eines barrierefreien Weges seien nicht möglich, da dies gegen europäisches Recht verstoße.

Die Planung einer intensiv genutzten mit Bänken ausgestatteten Grünanlage verstoße zudem gegen den dort geltenden Landschaftsplan, der einen geschützten Landschaftsbestandteil mit dem Rest "Bäuerliche Kulturlandschaft" vorsehe. Die Umwandlung in eine Obstwiese sei hingegen schon seit langer Zeit im Gespräch und im Übrigen von der Stadtplanung zugesagt worden. Andernfalls müsse ein entsprechender Änderungsbeschluss zum Landschaftsplan gefasst werden. Dies sei jedoch im Rahmen der Planungen von Regionale-Projekten nicht möglich, da diese schnell realisiert werden müssen.

Die Anregung des Beirates zu den Bänken beziehe sich nur auf den Bereich an der Straßenbahnhaltestelle an der Johann-Bensberg-Straße.

SB Herr Dr. Albach stellt eine Änderung des Landschaftsplans zur Debatte. Dies sei ein Planungsinstrumentarium, das regelmäßig an die Realität angepasst werde, ohne dass es als solches in Frage gestellt werde.

RM Herr Bartsch betont, es sei der Bevölkerung von Holweide ein wichtiges Anliegen, den Bereich um die Isenburg nicht bebaubar zu machen. Deswegen sei man auf den Gedanken gekommen, dort Bäume zu pflanzen. An eine Obstwiese habe man dabei nicht unbedingt gedacht. Wenn jedoch an dieser Stelle auf ein historisches Gebäude hingewiesen werden sollte, sollten dort auch Bänke aufgestellt werden, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich hinsetzen zu können.

RM Herr Brust schlägt vor, die Vorlage zunächst in die BV Mülheim zu verweisen und der BV die Entscheidung über die Bänke zu überlassen. Eine abschließende Entscheidung könne der Ausschuss im 2. Durchgang treffen.

Außerdem möchte er wissen, ob durch die Tatsache, dass der Bach in der öffentlichen Kanalisation endet, die im Bach lebenden Fische ebenfalls in der Kanalisation "landen" und ob man evtl. eine der bestehenden Wassermühlen reaktivieren könne.

Auf die Fragen antwortet Herr Werker von den Stadtentwässerungsbetrieben, die Strunde ende nicht als Ganzes in dem Kanal, sondern nur mit einem kleinen Teilstrom. Oberhalb davon befinde sich ein Kreuzungsbauwerk. Die Strunde fließe im

Grunde zum Faulbach und der Faulbach münde im Rhein. Ein sogenanntes "Überlaufbauwerk" Sorge dafür, dass bei gewissen Wassermengen Wasser in ein hoch liegendes Grabensystem laufe und im Kanal ende.

Hinsichtlich der Reaktivierung der Wassermühlen informiert Herr Werker, dass die StEB beabsichtigten, für alle Kölner Fließgewässer Konzepte und Maßnahmenkataloge zusammenzustellen, die die Wasserrechtsrahmenrichtlinie umsetzen sollen. Dazu gehöre auch die Überlegung, die Mühlen wieder in Gang zu setzen. Dies werde zusammen mit dem Förderverein für Mühlen abgestimmt.

Am Beispiel von barrierefreien Wegen für alle statt Trampelpfaden, die nur für Jugendliche begehbar sind, erklärt der Ausschussvorsitzende im Verlauf der weiteren Diskussion, dass die Politik auch die Interessen der älteren Bürgerinnen und Bürger vertreten wolle.

Beigeordnete Frau Bredehorst betont hier ebenfalls ausdrücklich, die Verwaltung sei an Recht und Gesetz gebunden. Andererseits schließe man oft genug Kompromisse, die rechtskonform seien und trotzdem praktischen Erwägungen Rechnung trügen.

Herr Dr. Bauer macht darauf aufmerksam, man habe trotz des enormen Zeitdruckes in der Abstimmung der Regionale-Projekte mit den Kolleginnen und Kollegen der Unteren Landschaftsbehörde viel Positives erreicht. So können beispielsweise Landschaftsräume, die bisher nicht zugänglich waren, für Erholungssuchende erschlossen werden. Eine Landschaftsplanänderung sei jedoch von vornherein aus Zeitgründen ausgeschlossen worden.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher verweist darauf, dass noch weitere Gremien mit der Angelegenheit befasst seien und schlägt vor, genauso wie bei der Vorlage zu TOP 16.8 (Landschaftspark Belvedere) zu verfahren und einen Rücklauf zu wünschen.

RM Frau Dr. Müller stimmt ihrem Vorredner zu. Die Diskussion sollte jetzt beendet und das Votum der BV Mülheim abgewartet werden. Ziel müsse sein, die Projekte möglichst einhellig im Rahmen dessen, was rechtlich möglich ist, auf den Weg zu bringen. Frau Dr. Müller spricht sich ebenfalls aus zeitlichen Gründen gegen eine Änderung des Landschaftsplanes aus.

- Zunächst lässt der Ausschussvorsitzende über die **Erweiterung aus dem Unterausschuss Regionale 2010** abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün **lehnt die neuen Planungen an der Isenburg, die das ursprüngliche Wettbewerbsergebnis wesentlich verändern, ab.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung des RM Herrn Brust aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

- Anschließend stellt er den Beschlusstext aus der **Verwaltungsvorlage und der Erweiterung mit Rücklauf** zur Abstimmung:

erweiterter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün **lehnt die neuen Planungen an der Isenburg, die das ursprüngliche Wettbewerbsergebnis wesentlich verändern, ab.**

Er beschließt die Entwurfsplanungen der Lupenräume und der Wegeachse und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Der Ausschuss legt großen Wert darauf, dass die Maßnahmen bis zum Präsentationsjahr 2010/2011 fertig gestellt sind.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün bittet, ihm die Beschlussvorlage nach Beratung in der Bezirksvertretung 9 wieder vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung des RM Herrn Brust aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

16.13 Bedarfsfeststellung für die Vergabe von zwei wissenschaftlichen Untersuchungen:

**CO₂-Detailbilanz und CO₂-Minderungskonzept für Köln für die Teilbereiche Energie und Verkehr
0595/2009**

SB Herr Dr. Albach beantragt für die FDP-Fraktion, im Beschlusstext die Worte "und eines Kölner CO₂-Minderungskonzeptes" zu streichen, da dies zu verfrüht sei.

Zunächst sei eine vernünftige Datenbasis erforderlich. Daher müsse zuerst ein Beratungsunternehmen - oder wer auch immer - dem Umweltamt oder dem Amt für Statistik helfen, automatisch und ständig die Zahlen zu generieren, die notwendig seien, um ein Klimaschutzprogramm aufzusetzen. Erst wenn eine sichere Datenbasis existiere, sollte dem Ausschuss eine zweite Vorlage über die Umsetzung - basierend auf diesen Daten - vorgelegt werden. Alles andere wäre finanziell nicht durchdacht und politisch schwer umsetzbar.

Als Beispiel nennt er die 30.000,00 €, die für den Verkehrsbereich veranschlagt werden. Entweder sei dieser Betrag viel zu wenig oder viel zu viel.

Seiner Meinung nach müssten durchaus Zahlen zur CO₂ -Bilanz im Verkehrsbereich erhoben und regelmäßig und in abstrakter Form zur Verfügung gestellt werden. Er glaube jedoch nicht, dass derzeit schon Masterplan-konform Vorschläge gemacht werden können, wie ein Minderungskonzept im Verkehrsbereich umzusetzen sei.

Ähnliches gelte auch für den Energiebereich.

Er schlage daher vor, heute nur die Erhebung sicherer und transparenter Zahlen zu beschließen und als zweiten Schritt auf dieser Basis und in Abstimmung mit Masterplan und all den anderen Planungen, die momentan anstünden, ein Minderungskonzept zu entwickeln und im Ausschuss vorzulegen.

RM Herr Brust könne diese Haltung nicht nachvollziehen, weil beides nicht zusammenhänge. Man wolle eine CO₂-Bewertung haben, um später den Erfolg des Minderungskonzeptes messen zu können. Gleichzeitig könnten trotzdem die CO₂-Emissionen gesenkt werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle endlich ein CO₂-Minderungskonzept und nicht wieder ein Jahr warten, bis die CO₂-Mengen erhoben sind.

SE Herr Donath möchte, dass die in Anlage 1 geschilderten Projekte und Handlungsfelder, vor allem im Wohnungsbau, etwas illustriert werden. Er bittet die Verwaltung, die Original-Broschüren der Energieagentur Nordrhein-Westfalen über Solarsiedlungen des Erbbauvereins und auch die der LEG zur Sanierung der Ford-Siedlung in Niehl dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Liebmann erläutert zum Vorschlag von Herrn Dr. Albach, es gehe in erster Linie darum, eine detaillierte Datengrundlage zu erhalten. Die sich daraus ergebenden Analysen und Bewertungen sollen aber auch durch Fachleute Köln-spezifisch aufbereitet werden.

Es gehe nicht um ein Maßnahmenprogramm - ähnlich dem des Masterplanes - in dem Einzelvorschläge enthalten seien, sondern um ein strategisches Konzept. Ziel sei es, die Handlungsfelder zu identifizieren, die unter Kosten-Nutzen-Aspekten für die Köln-spezifische Situation der CO₂-Bilanz am günstigsten abschnitten. Man wolle sich nicht auf Nebenfelder begeben, die möglicherweise viel kosteten, aber wenig CO₂-Minderung brächten.

An Herrn Donath gewandt erläutert Herr Liebmann, die Verwaltung hatte den Auftrag des Ausschusses, grundlegende Überlegungen zum CO₂-Minderungskonzept anzustellen. Dies habe die Verwaltung als Mitteilung in einer relativ allgemeinen Form anhand von Handlungsfeldern im letzten Jahr in den Ausschuss gebracht.

Aufgrund der Sachlage und der Aktivitäten in Köln zeichne sich bereits heute ab, dass in dem Handlungsfeld "Sanierung von Wohngebäuden" ein Schwerpunkt liege. Die Verwaltung wolle jedoch nicht bereits jetzt den Ergebnissen aus dem Gutachten der Erstellung der CO₂-Detailbilanz vorgreifen und weitere Konkretisierungen vornehmen.

Die Beauftragung zu splitten bedeute weiteren Zeitverzug, da neue Vergaben notwendig seien.

RM Herr Dr. Fladerer unterstützt die Aussage von Herrn Liebmann und widerspricht Herrn Dr. Albach. Notwendig sei, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen. Klar sei sicherlich jedem, dass eine CO₂-Reduzierung notwendig sei. Auch sei es sinnvoll, eine aktuelle Datenbasis zu erheben, um zukünftige Fortschritte messbar zu machen. Der Änderungsantrag von Herrn Dr. Albach sei daher abzulehnen.

Herr Dr. Arentz informiert die Ausschusssmitglieder, die Verwaltung habe sich bereits gemäß dem Beschluss des Ausschusses mit anderen Städten in Verbindung gesetzt. Man wisse aufgrund dieser Recherche um die zentralen Themen, wie z. B. Gebäudesanierung, und werde schon in diesem Jahr verstärkt bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Investorinnen und Investoren dafür werben.

Der von Herrn Dr. Albach angesprochene Punkt "Verkehr" sei ungleich schwieriger zu händeln als der Gebäudebereich, wo man es mit klaren Objekten und Ansprechpartnern zu tun habe. Bei seinen Recherchen habe Herr Dr. Arentz festgestellt, dass die meisten Städte in Deutschland den Verkehrsbereich deutlich weniger akribisch untersucht hätten und daher dort über weniger verlässliches Zahlenmaterial als im Gebäudebereich verfügten. Die Stadt Münster sei die einzige Stadt, die bislang den Versuch gemacht habe, detaillierter zu werden. Diese untersuche derzeit eingehend zusammen mit dem Wuppertal-Institut den Verkehr, um dann ein Maßnahmenprogramm - basierend auf einer CO₂-Bilanz - umzusetzen.

SB Herr Dr. Albach räumt ein, dass beide Maßnahmen gemacht werden müssen, jedoch nicht gleichzeitig. Auch stimme er mit der Aussage von Herrn Liebmann überein, ein strategisches Konzept zu entwickeln. Das eine sei jedoch eine Controllingaufgabe und das andere eine Strategieentwicklung und es sei ungewöhnlich, Beratern beides auf einmal zu geben. Er widerspreche allerdings der Aussage von Herrn Dr. Fladerer, dass diese Zahlen lediglich zum Monitoring genutzt würden. Sie würden auch zur Entwicklung der Strategie gebraucht. Daher befürworte er, die beiden Aufträge zu teilen und im Grunde vier Maßnahmen - nämlich Controlling für Energie, Controlling für Verkehr sowie Strategie für Energie und Strategie für Verkehr - umzusetzen.

Herr Liebmann betont, die Stadt Köln habe sich den Klimaschutzziele in gewissen Zeiträumen verpflichtet und es gebe daher nicht viel Zeit, den Rückstand aufzuholen. Beispielsweise bestehe die Verpflichtung im Konvent der BürgermeisterInnen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Tonnagen einzusparen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt den Bedarf für die Erstellung einer Kölner CO₂-Detailbilanz und eines Kölner CO₂-Minderungskonzeptes für die Teilbereiche Energie und Verkehr fest und beauftragt die Verwaltung, hierfür im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums (BMU) einen Förderantrag zu stellen und bei einem positiven Förderbescheid die entsprechenden Untersuchungen bzw. Konzepte an ein Wissenschaftliches Institut oder eine Ingenieurgesellschaft mit entsprechenden Kompetenzen zu vergeben.

Die erforderlichen Mittel stehen im Teilplan Umweltordnung und -vorsorge in der Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für die HJ 2009 - 2010 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

**16.14 Bedarfsfeststellung für den Abschluss eines Rahmenvertrages für Boden- und Grundwasseruntersuchungen
0544/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt den Bedarf für den Abschluss eines Rahmenvertrages für Boden- und Grundwasseruntersuchungen fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Vergabeverfahrens und anschließender Auftragsvergabe gemäß den Vergaberichtlinien der Stadt Köln.

Die aktuelle Kostenschätzung beträgt rd. 235.000 € brutto. Die Mittel stehen im Teilplan 1401 Umweltordnung und -vorsorge, bei Teilplanzeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ in 2009 und 2010 zur Verfügung. Die kalkulierte Zuwendung i. H. von 10.000 € für einen Teil der durchzuführenden Maßnahmen wird bei Teilplanzeile 414100 „Zuwendungen für laufende Zwecke vom Land“ vereinnahmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.15 Projektantrag: Förderung von Bürgerengagement für mehr Sauberkeit im Umfeld des Marktplatzes und Bürgerparks Berliner Straße
0535/2009**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bewertet die Vorlage positiv und bittet die Verwaltung um Zwischenberichte, damit der Ausschuss die Maßnahme begleiten könne.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt den Bedarf für die Durchführung des Förderprojektes „Förderung des Bürgerengagements für mehr Sauberkeit, Lebensqualität und Wirtschaftskraft im Umfeld des Marktplatzes und Bürgerparks Berli-

ner Str.“ fest. Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung dieses Vorhabens und den damit zusammenhängenden Vergaben der im beigefügten Zeit- und Kostenplan aufgeführten Fremdleistungen unter Beachtung der Vergaberichtlinien der Stadt Köln und der förderrechtlichen Bestimmungen.

Mittel stehen im Teilplan 1401 Umweltordnung, und -vorsorge, bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für das HJ 2009 zur Verfügung, bzw. sind in der Finanzplanung für die HJ 2010 und 2011 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.16 Grundstück Gottfried-Hagen-Str. 1 - Antrag auf Erteilung einer BImSchG-Genehmigung für eine Anlage zur Lagerung und Behandlung von Schrott
0059/2009**

RM Herr Paetzold meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet, die Vorlage in die nächste Sitzung zu schieben.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vertagt die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung am 30.04.2009.

**16.17 Überplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, im Hj. 2009
0466/2009**

SB Herr Dr. Albach meldet für die FDP-Fraktion Beratungsbedarf an, zumal die Vorlage ohnehin verfristet zugestellt sei, und bittet, sie in die nächste Sitzung zu schieben.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu stellen, da bis zur Ratssitzung noch genügend Zeit sei, über die Vorlage fraktionsintern zu beraten.

Herr Eppenich berichtet, das Rechnungsprüfungsamt habe dem Bedarf uneingeschränkt zugestimmt. Die Beschaffung sei höchst dringend, so dass er darum bitte, die Vorlage ggfs. ohne Votum in den Rat zu geben.

Aufgrund der Dringlichkeit stellt der Ausschussvorsitzende die Beschlussfassung "ohne Votum in den Rat" zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

16.18 IT- Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen 0799/2009

Herr Eppenich erläutert ausführlich die Dringlichkeit der Vorlage, die als Tischvorlage umgedruckt wurde.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher stellt fest, dass das RPA der Bedarfsfeststellung uneingeschränkt zugestimmt habe. Auch sei die Dringlichkeit bereits in der Vorlage nachvollziehbar begründet.

RM Herrn Brust fragt nach, weshalb die Verwaltung nicht das gesamte Fuhrparkmanagement über die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) abwickle, wenn doch die Fahrzeuge ohnehin bei den AWB gewartet würden und diese über die Software verfügten.

Herr Eppenich informiert darüber, dass die AWB nicht die Daten aller Maschinen hätten. So seien zum Beispiel das Rasenmähersegment und alle handgeführten Geräte beim Grünflächenamt angesiedelt. Jedoch seien, auch was Inventarisierungen anbelange, überhaupt keine vernünftigen Programme vorhanden. Dies betreffe nicht nur Maschinen, sondern auch Spielplatzkontrolle, Baumkataster und andere Bereiche.

Auch das Programm des Friedhofsbereichs falle permanent aus und sei dringend erneuerungsbedürftig.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen stellt den Bedarf zur Beschaffung einer IT-Anwendung zur Betriebssteuerung für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

16.19 Projekt Ökoprofit in Köln 0291/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt zur Durchführung des Projektes ÖKOPROFIT die Freigabe der im Hj. 2009 zur Verfügung stehenden Aufwandsermächtigungen in Höhe von 30.000 EUR aus dem Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, - vorsorge, bei Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Zur Weiterführung des Projektes in 2010 und 2011 sind die erforderlichen Aufwendungen von 20.000 € in den jeweiligen Haushaltsplänen zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

17.1 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 68505/02 Arbeitstitel: :rhein - "wohnen am strom" Ulrich Haberland Haus in Köln- Stammheim 4599/2008

SE Herr Donath bemerkt, dass lt. Vorlage eine Versorgung mit Gas vorgesehen sei. Die Klärwerke beabsichtigten, nach Stammheim Wärme zu liefern. Er fragt, ob dieses Objekt nicht auch für Wärme aus dem Klärwerk geeignet sei.

Herr Werker von den Stadtentwässerungsbetrieben (StEB) erklärt, dass dies denkbar sei. Allerdings liege das Heizkraftwerk der StEB genau am entgegen gesetzten Ende, so dass er nicht wisse, ob die Strecke nicht zu weit sei, dass es sich für ein vergleichsweise kleines Gelände lohne. Dies müsse zusammen mit dem Bauherren und dem dortigen Bauträger geprüft werden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 68505/02 für einen Teilbereich des Stammheimer Schlossparks, betreffend das Grundstück des Ulrich-Haberland Hauses, südlich der Erschließungsstraße "Am Stammheimer Schlosspark" und der Klubanlage des Wassersportvereins bis an den Fuß- und Radweg des Stammheimer Ufers in Köln-Stammheim —Arbeitstitel: :rhein - "wohnen am strom" Ulrich Haberland Haus in Köln-Stammheim— aufzustellen mit dem Ziel, die brachgefallene und zurzeit nicht genutzte Fläche und bauliche Anlage mit einer hohen Qualität des Wohnens am Wasser in Einklang zu bringen,
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis und
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 2.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: "Öffentlich zugängliche Golfanlage" in Köln-Widdersdorf 5611/2008

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu stellen. Da sich kein Widerspruch erhebt, stellt der Ausschussvorsitzende diesen Beschlusstext zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 76437/03
Arbeitstitel: An der Rather Burg in Köln-Rath/Heumar 5713/2008

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 76439/07 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen der nördlichen Straßenseite der Lützerathstraße nach Süden folgend entlang der westlichen Grundstücksgrenze der Flurstücke 1447, 1461 und 1464, nach Westen folgend entlang der nördlichen Grundstücksgrenze des Flurstücks 866, dann ca. 82 m nach Norden und anschließend ca. 210 m nach Westen folgend bis zur östlichen Grundstücksgrenze des Flurstücks 250/3, dieser nach Norden folgend bis zur nördlichen Straßenseite der Lützerathstraße in Köln-Rath/Heumar —Arbeitstitel: An der Rather Burg in Köln-Rath/Heumar— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.4 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 71380/03
Arbeitstitel: "Sürther Feld" in Köln-Rodenkirchen 5616/2008

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 71380/03 für das Gebiet der Ackerfläche südlich und östlich der Lise-Meitner-Gesamtschule, östlich des diakonischen Rehabilitationszentrums Coenaculum, südlich der Wohnbaugrundstücke Mozartstr. 23 und 25, Beethovenstr. 6 und 7, Schubertstr. 7 und 8 sowie Lisztstr. 20 (Künstlerviertel), östlich der Lisztstraße, südlich der Wohnbaugrundstücke Lisztstr. 7 - 9 und Weißer Str. 132 - 132 d, südwestlich der Weißer Straße, westlich der Hammerschmidtstraße, nördlich der Straße Am Feldrain und östlich der Sürther Straße in Köln-Rodenkirchen —Arbeitstitel: "Sürther Feld" in Köln-Rodenkirchen— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 71380/03 nach § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan Nr. 71380/03 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Abs. 1 BauGB in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3 316) i. V. m. § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Abs. 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**17.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 66455/06
Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord
5674/2008**

**17.5.1 Ergänzende Mitteilung zu TOP 17.5 Offenlagebeschluss B-Plan-Entwurf-Nr. 66455/06 "Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord"
1003/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 66455/06 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen Christophstraße, Gereonskloster, südliche Grenze des Kirchengrundstückes St. Gereon, westliche Grenze Flurstück 359 (Gemarkung Köln, Flur 22), geradlinige Verlängerung bis zur Straße Gereonshof, Gereonshof, Spiesergasse, Im Klapperhof, Hildeboldplatz und Von-Werth-Straße in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Gereonshof in Köln-Altstadt/Nord— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**17.6 166. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: "Umgebung Eupener Straße inklusive ehemaliges Sidol-Gelände" in Köln-Müngersdorf/-Braunfeld
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
0521/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 2 dargestellten Bereich eine Planänderung gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Ziel einzuleiten, die Flächen neu zu ordnen;
2. auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu verzichten, da die Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Parallelverfahren zum Bebauungs-

plan "Ehemaliges Sidol-Gelände Köln-Müngersdorf" und im Rahmen der "Rahmenplanung Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld", bereits stattgefunden hat;

3. die 166. FNP-Änderung im Stadtbezirk 3, Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld – Arbeitstitel: "Umgebung Eupener Straße inklusive ehemaliges Sidol-Gelände" in Köln-Müngersdorf/-Braunsfeld– gemäß § 3 Abs. 2 BauGB mit der gemäß § 5 BauGB als Anlagen 1 - 4 beigefügten Begründung offenzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine

19 Mitteilungen

19.1 Baumfällungen im Stadtgebiet Köln im Jahr 2008 0312/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

19.2 REGIONALE 2010 - Sachstand Portale zum Nationalen Naturerbe Wahner Heide/Königsforst; Portal Gut Leidenhausen 0271/2009

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

19.3 RWE, Bau einer Erdgastransportleitung, Sayda-Werne-Eynatten hier: Raumordnungsverfahren - Raumordnerische Beurteilung 0349/2009

Herr Moers stellt einen Vergleich zum Raumordnungsverfahren Shell an. Dort habe es im Nachgang noch erhebliche Verbesserungen gegeben. So könne auch hier im späteren Planfeststellungsverfahren, wo noch stärkere Mitsprachemöglichkeiten bestehen, eine zunächst aus raumordnerischer Betrachtung heraus sinnvolle Trassenführung sich als nicht darstellbar erweisen.

Im Vergleich zu anderen Städten und Kommunen, die ebenfalls massive Bedenken angemeldet hätten, sei die Stadt Köln nur gering betroffen. So gehe die Trasse durch mehrere Naturschutzgebiete und die FFH-Richtlinie sowie das europäische Artenschutzrecht seien mit Sicherheit nicht 1:1 umgesetzt worden. Daher rechne er noch mit erheblichen Änderungen im Planfeststellungsverfahren. Dieses werde dem Ausschuss zusammen mit Stellungnahmen der Umweltverwaltung und anderer Träger öffentlicher Belange vorgelegt.

RM Herr Bartsch bittet darum, diese Mitteilung auch den betroffenen Bezirksvertretungen zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.4 Regionale 2010 - Rheinboulevard Info-Container
0774/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.5 Regionale 2010 - RegioGrün, Info-Stelen vor Ort
0775/2009**

RM Herr Brust bemerkt, in den Stelen oder auch den Belvederes seien große Mengen an Stahl verarbeitet. Er möchte wissen, ob die Verwaltung die nachfolgenden hohen Unterhaltungskosten im nächsten Haushalt eingeplant habe und ob das Logo nur für die Zeit der Regionale bestehen bleibe und später abgebaut werde.

Herr Dr. Bauer antwortet, die Kosten für die Unterhaltung seien eingeplant. Stelen aus Holz bedeuteten allerdings einen wesentlich höheren Unterhaltungsaufwand und folglich höhere Kosten. Das Logo bzw. die Stelen seien zunächst nur für den dreijährigen Zeitraum der Regionale gedacht.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt dies und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.6 Regionale 2010 - RegioGrün, Konzept Wegeleitsystem und Info-Tafeln
0777/2009**

SE Herr Fischer erwähnt, laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) gebe es 1,2 Mio. blinde und sehbehinderte Menschen in Deutschland, für die es bisher fast unmöglich sei, sich selbstständig in Naturlandschaften zu bewegen. Oft reichten schon kleine Maßnahmen, um den Betroffenen ohne großen Aufwand einen ungetrübten Naturgenuss zu ermöglichen. So freuten sich Augenpatienten über kontrastreich gestaltete Hinweisschilder und ein Wechsel des Untergrundes, beispielsweise von Sand zu Stein, könne den blinden Wanderer auf ein Hindernis hinweisen.

Die Koordinierungsstelle Tourismus im Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) habe Tipps und Tricks zusammengefasst und stelle sie seit dem 11.03.2009 auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) 2009 vor.

Eine sehbehindertengerechte Gestaltung erleichtere auch dem wachsenden Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung das Naturerleben.

Daher rege er an, dass sich die Verwaltung mit der oben erwähnten Koordinierungsstelle Tourismus im DBSV, vielleicht über Frau Reinecke in Verbindung setze, damit zumindest im Rahmen des Wegeleitsystems und der Info-Tafeln hier von Anfang an eine größtmögliche Barrierefreiheit erreicht werde.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.7 Regionale 2010 - RegioGrün, Veranstaltungsprogramm 2009/10
0776/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.8 Verkehrssicherungsmaßnahmen im Naturschutzgebiet Thielenbruch
0702/2009**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

20 Mündliche Anfragen

**20.1 Mündliche Anfrage des SB Herrn Dr. Albach
hier: Unterlagen für den Ausschuss als PDF-Dokument auf CD**

SB Herr Dr. Albach berichtet, der Verkehrs- und der Stadtentwicklungsausschuss erhielten Planungsunterlagen üblicherweise auf CD. Ein großer Teil der Unterlagen, die der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün erhalte, lägen auch entweder dem einen oder dem anderen Ausschuss vor. Er fragt, ob die Möglichkeit bestehe, zumindest einmal pro Fraktion, die Unterlagen auch als PDF-Dokument und in Farbe auf CD zu bekommen. In Farbe ließen sich viele Pläne wesentlich besser lesen, als diejenigen, die die Ausschussmitglieder momentan in Schwarz-Weiß erhielten.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung und Stellungnahme zu.

**20.2 Mündliche Anfrage des RM Frau Dr. Müller
hier: Vorlage über das Gesamtkonzept zur zukünftigen Nutzung ehema-
liger Friedhofserweiterungsflächen**

RM Frau Dr. Müller spricht die Beschlussfassungen zur zukünftigen Nutzung von Friedhofserweiterungsflächen an und möchte wissen, wie weit der Sachstand ist bzw. wann der Ausschuss eine Vorlage über das Gesamtkonzept erhalte.

Herr Eppenich erläutert, dies werde federführend vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik bearbeitet und er werde die Anfrage nach dort weiterleiten.

gez.
Bacher
(Ausschussvorsitzender)

gez.
Bültge
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Umwelt und Grün)